

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-67345](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-67345)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal ²² Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Verkaufspreis beträgt für das Quartal 48 Creutz. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; stehige die Redaction und die Buchdruckerei von H. Kleiser, Saarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile oder deren Raum mit 1 Creutz bezahlt.

IX. Jahrgang.

Dienstag, den 30. November 1852.

N^o 141.

Deutschland.

Bremen, 26. Novbr. Gestern Mittag ward bei dem hiesigen Buchhändler Hrn. Kühnmann die ganze noch vorhandene Auflage der neuesten Schrift von Dulon: „Ueber das Heidelberger Gutachten, zweites Heft“ vollständig in Beschlag genommen und der fernere Vertrieb nach einem gerichtlichen Befehl verboten.

Hannover, 27. Nov. Die österreichischen Blätter, namentlich die „Presse“, räumen jetzt selbst ein, daß Verhandlungen von Seiten Oesterreichs mit Preußen angeknüpft worden, dieses aber bis jetzt sich negativ oder doch ausweichend verhalten habe. Die „Presse“ giebt indessen, da „Preußen doch auch zu Deutschland gehöre“, ihre Hoffnungen nicht auf, daß dasselbe sich noch eines Anderen besinnen werde. Die Hoffnung scheint denn auch Graf Duol-Schauenslein, nach einer Berliner Correspondenz der „Dr. Z.“, zu theilen. In dieser nämlich heißt es: „Was gegen die Mitte der vorigen Woche sind feinerlei neue Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen gepflogen worden. Am Freitage ist eine von dem preussischen Gesandten mit Begleitschreiben versehene Zuschrift des Grafen Duol dem preussischen Ministerium zugegangen, worin die Erneuerung der Verhandlungen erbeten wird. Auf diese Zuschrift ist in einem Sonnabend abgehaltenen Minister-rath Beschluß gefaßt worden. Dem Vernehmen nach ist Graf Arnim in Wien angewiesen worden, sich mit dem Grafen Duol in Verbindung und Berathung über die Zollangelegenheit zu setzen, die Ergebnisse aber zu berichten.“

Ein Stuttgarter Correspondent des „N. C.“ erfährt jetzt nachträglich, daß schon auf der dortigen Correspondenz der Coalitionsstaaten ein der Vereinigung mit Preußen günstiger Entwurf berathen worden war, aber aus irgend welchem Grunde — vielleicht durch die Dazwischenkunft des Grafen Rechberg — nicht zur Vollziehung kam.

Nach einer Correspondenz der „Frankf. Mz.“ aus Berlin sollen bereits die Unterhandlungen über die Zollfrage ihr Ziel erreicht haben, und zwar folgendes: der Zollverein und der Steuerverein werden ein Ganzes, und ein Handelsvertrag mit Oesterreich wird abgeschlossen. Von Festsetzung über die Zoll-einigung mit Oesterreich hört man Nichts, doch scheint es, als ob die Punctation des Handelsvertrages dafür den Kaiserstaat entschädigen würden.

Auch dem „Dr. Z.“ wird „aus Württemberg“ das obige Resultat der Verhandlungen als eine Thatsache gemeldet.

Die Zollverhandlungen mit Braunschweig hofft man hier, wie das „C. B.“ schreibt,

schon in Kurzen zu einem definitiven Abschluß gelangen zu sehen. Vorgesien ist der braunschweigische Finanzdirector v. Thielen hier eingetroffen. Welchen Finanzbeamten Hannover zur Führung der Seitens dieses Staates bekanntlich bevorstehenden weiteren Verhandlungen in der Zollsache beauftragen wird, ist zur Zeit hier noch nicht bekannt.

Berlin, 26. Nov. Unsere Gutgesinnten versehen nicht, über die französischen Vorgänge bei der Kaiserwahl und die glorreichen Folgen des allgemeinen Stimmrechts einen patriotischen Jubel zu erheben, aber sie vergessen dabei, was an ihrem eigenen Leibe geschieht. Ob allgemeines Stimmrecht besteht oder nicht, jedes Wahlrecht wird Unrecht, wenn die Regierung ihren eigenen Willen übergewichtet durch ihre Beamten, dabei geltend macht und durch Einschüchterungen die Wahlen leitet.

Die Zeitungen sind wieder einmal beschäftigt, eine fürstliche Heirath zu schließen. Sie verloben nämlich den Prinzen Friedrich Wilhelm, vereinstigen Thronfolger, mit der ältesten Tochter der Königin Victoria. Dieses erhabene Gohr wurde zwar am 21. November erst zwölf Jahr alt, aber 7 bis 8 Jahr dürfen auch sicher noch darüber hingehen, bis die Allgemein. Big. die Sache ins Reine gebracht hat.

Aus Berlin wird geschrieben, man glaube weder daran, daß Oesterreich sich Preußen annähere, noch daß dieses nachgeben werde; Verhandlungen würden gar nicht gepflogen, hingegen stehe es um die mit Braunschweig und Thüringen sehr günstig. Mit Hannover werde gar nicht mehr unterhandelt, da der September-Vertrag rechtsgültig feststehe. — Aber was ist denn heutzutage rechtsgültig und bleibt es auch?

Louis Napoleon's Bildniß in vollständigem Kaiserkostüm und mit der Unterschrift: „Napoleon II., Kaiser der Franzosen“, welches in allen Kunsthandlungen ausgestellt war, ist plötzlich verschwunden; es heißt, dasselbe sei confiscirt worden. — Auch die Cholera sind wir vorläufig los geworden.

Dresden. Hier hat eine 3tägige „liturgische Konferenz“ stattgefunden. Ein allgemeines Gesangbuch thut dem deutschen Volke allerdings dringend nöthig und kommt auch sicher eher zu Stande, als ein allgemeines Gesetzbuch. — Das „Dresdener Journal“ berichtet: Gestern wurde hier von der Polizei ein Mann inhaftirt, welcher angab, von der Vorlesung berufen zu sein, in Deutschland eine Reformation auf politischem Gebiete zu bewirken; er nennt sich Volksführer der deutschen Freiheit und Retter des Volks Israël.

Derselbe hatte einen Entwurf aufgestellt, wie Deutschland durch ihn organisiert werden sollte, welchen er der Regierung überreichen wollte. In demselben hatten die Regenten ihre Erbligkeit verloren, mußten sich der Wählbarkeit unterwerfen und konnten alle 10 Jahre abgesetzt, jedoch neu gewählt und verpflichtet werden. Sein Beginnen, sagt er, geschähe im Auftrage Gottes und wäre das Frankfurter Parlament nur sein Vorarbeiter gewesen. Der Mann heißt Hummel, ist ein Deconom aus Capellendorf und offenbar geisteskrank.

Aus Thüringen, 25. Novbr. Die Gothaer Regierung hat bereits eine Schrift ausarbeiten lassen, die dazu bestimmt ist, die Beschwerden der Ritterschaft gegen die neue Verfassung zu wiederlegen. Dieselbe wird demnächst unter die Bundestagsgesandten vertheilt werden, nachdem die Nachricht eingegangen, daß über die gedachte, vom dem Stettencommisär Fischer verfaßte Beschwerde demnächst beim Bunde verhandelt werden soll. — Im Weimarschen agitirt die Geistlichkeit stark gegen das neue Ablösungsgesetz, welches in seiner Ausdehnung auf die kirchlichen Güter denselben einige Verluste gebracht. Man glaubt jedoch nicht, daß es von Erfolg sein werde.

Kassel, 26. Nov. Den Staats- und Gemeindebeamten ist durch höhere Verfügung die Weisung zugegangen, an den Sonntagen als den zu christlichen Erbauungen bestimmten Tagen fernerhin ihren Berufstätigkeiten nicht obzuliegen, dringende Fälle ausgenommen. Die pünktliche Befolgung dieser Auflage ist nicht zu bezweifeln, da bei der streng beaufsichtigten Innehaltung der vorgeschriebenen Arbeitsstunden der Subalternbeamte sich gewiß gern den einen Tag der Woche vom Dienste vollkommen befreit sieht, und diese Verfügung ihm Schutz gewährt gegen etwaige Anmuthungen der Vorgesetzten, am Montag Morgen auch das erledigt vorzulegen, was nicht Sonnabend spät zur Ausfertigung ausgetheilt war. Im Uebrigen ist das Verhältniß der niederen Staatsdiener ein sehr gedrücktes, zum Theil deshalb, weil sie im vorigen Jahre eben die politische Meinung hatten, wie ihre renitenten Vorgesetzten, welche freilich jetzt theilweise zum Treubund getreten sind. Es werden indeß auch in der Verwaltung eben solche Veränderungen vorbereitet, wie kürzlich in der Justiz geschehen ist, und auch die Subalternbedienten von einer Strafverfegung nicht ausgeschlossen bleiben.

Hanau. Die Schließung der Koburger Lehenanstalt ist in Folge einer Verfügung des Ministeriums des Innern geschehen, weil

die Gestattung zum Fortbestehen der Schule als undenkbar mit der Vergangenheit des ic. Mödiger, wegen deren er vor Gericht gestellt sei, erforscht. Darauf hin hat die hiesige Regierung die Gestattung zurückgezogen und die sofortige Auflösung der Privatschule, einschließlich der damit verbundenen Erziehungs- pensionenanstalt, dem hiesigen Landrathsamt aufgegeben. Die Vollziehungsmaßregeln des Letzteren begreifen neben den Pensionsschülern auch die nicht Stadtangehörigen Lehrer, welche die Stadt binnen acht Tagen verlassen sollen. Einer derselben, ein Franzose, hat sich an den französischen Gesandten in Frankfurt gewendet, der umgehend zugesagt hat, die schnellste Abhilfe zu veranlassen.

Bonn Rhein meldet die Pfälzer Ztg.: Wie vor einigen Tagen in Badischen ein aus England zurückgekehrtes Individuum über dem Versuch ertappt wurde, Aufrufe des Londoner Revolutionscomités zu verbreiten, so hat am 19. d. M. auch der Polizeidiener Schädler von Dagersheim einen Franzosen, Namens Faure, verhaftet, welcher von Newyork kam und gleichfalls einen Pack verbotener Schriften mit sich führte. Derselbe wurde zur weiteren Untersuchung des ihm zur Last gelegten Vergehens der königlichen Staatsbehörde in Frankfurtal übergeben.

Köln, 25. Nov. Vorgeden in Communiten-Prozesse Verurtheilten hat Vesner die Cassation wirklich nachgesucht, die übrigen aber haben neuerdings beschlossen, einen Cassations-Antrag nicht zu stellen.

Stuttgart. Weil der Präsident des Consistoriums, v. Köstlin, an dem Begräbnisse des Volksmannes Schöber Theil genommen, ist er zur Verantwortung gezogen worden. Dem Militair hatte man im Voraus die Betheiligung unteragt.

München, 27. Nov. Nach einer Mittheilung der neuen medicinischen Zeitung hat die Stadt Tübingen die Ehre abgelehnt, für nächstes Jahr als Versammlungsort der deutschen Naturforscher und Aerzte zu dienen! Die Geschäftsführer der letzten Versammlung beabsichtigen daher die nächste Zusammenkunft in Göttingen abhalten zu lassen, welcher Stadt nach Tübingen die meisten Stimmen bezüglich der Wahl zufielen.

Oesterreich. In Wien conferenz man frisch drauf los. Das Ende ist noch gar nicht abzusehen. Die

von Oesterreich gemachten Vorlagen sollen, wie der „Lloyd“ treuherzig versichert, außerordentlich — weitgreifender Natur sein. Wer könnte zweifeln, daß Oesterreich so weit als irgend möglich greifen möchte?

— Eine neue Reisepolizeiordnung wird veröffentlicht werden, worin der Charakter des Reisenden besonders qualifizirt werden soll. Charakterlose Menschen werden alsdann in Oesterreich wohl nicht mehr zugelassen werden.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. Als bisheriges Resultat der Abstimmung wird heute gemeldet: 5,826,850 Ja; 209,708 Nein. Die Zählung der Pariser Abstimmung ist diesen Morgen unter großem Jubel im Stadthause vorgenommen und hat ergeben: eingeschriebene Wähler 315,410; Botanten 270,701; Ja 208,658; Nein 53,753; ungültige Zettel 8290; danach würden nur 44,709 Berechtigte sich der Abstimmung enthalten haben. Das Pariser Votum, fügt der Moniteur hinzu, war von rührenden Umständen begleitet. Kranke, Schwächliche und Lahme ließen sich in den Saal tragen etc.

Ein Correspondent der Zupen, versichert, es circulire ein handschriftliches Todesurtheil gegen den Prinzpräsidenten, unterzeichnet Brutus und ganz in gerichtlicher Form „in Erwägung“ u. s. w. abgefaßt; das Urtheil sei von den Verbannten in London gesprochen und vorige Nacht allen Gesandten und Ministern auf mysteriöse Weise zugestellt, unter die Haustür geschoben oder dergleichen. Der Correspondent glaubt an die Echtheit des Actenstücks nicht, hat aber erfahren, daß es trotzdem im Moniteur officiell bekannt gemacht werden soll. Auf die Flüchtlinge hat es der Kaiser noch immer abgesehen, und die „Presse“ weiß auch schon, daß an eine einigermaßen allgemeine Amnestie nicht zu denken sei. Die officielle Zeitung für Savoyen bringt heute folgende Nachricht: „Eifrige Schritte scheinen bei unfrischer Regierung unternommen zu sein, um die Ausweisung Eugen Sue's zu erwirken; das Ministerium Cavour ist aber, wiederholter Anliegen ungeachtet, mierschütterlich bei seinem Entschlusse geblieben, die Flüchtlinge ungefördert zu lassen, die die Ruhe weber ihres Heimath, noch ihres Adeptivlandes zu stören versuchen.“

Heute Mittag vereinigte sich der gesetzgebende Körper in öffentlicher Sitzung und empfing

die folgende vom Staatsminister Fould geleseene Botschaft des Präsidenten: „Meine Herren Deputirten! Ich habe Sie aus Ihren Departements zusammenberufen, um Sie an dem großen Acte Theil nehmen zu lassen, der seiner Erfüllung entgegengeht. Obgleich der Senat und das Volk allein das Recht haben, die Constitution zu ändern, so habe ich doch gewollt, daß der politische Körper, der, wie ich, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, der Welt die Freiwilligkeit der nationalen Bewegung bezeugte, die mich zum Kaiserthum trägt. Ich halte darauf, daß Sie es sind, die, indem Sie die Freiheit des Votums und die Zahl der Stimmen constatiren, aus Ihrer Erklärung die ganze Legitimität meiner Macht hervorgehen lassen. Heute in der That zu erklären, daß die Autorität auf einem unbefreihbaren Rechte beruht, heißt ihr die nothwendige Kraft geben, etwas Dauerndes zu gründen und das Gedeihen des Landes zu sichern.“

Man spricht sehr viel von der neuen Et- villiste, und daß dieselbe, eingebegrißen die Dotationen für die Familienmitglieder, auf 30 Millionen erhöht werden würde.

Auf dem am letzten Sonntage in St. Cloud gehaltenen Valle soll der Präsident ganz wider Gewohnheit auffallend guter Dinge gewesen sein. Gegen mehrere fremde Notabilitäten, besonders gegen die Herren Hübner und Has- feld, soll er laut seine große Freude sowohl über seinen Triumph bei den Wahlen, wie über die von den auswärtigen Höfen einge- gangenen Versicherungen ihrer freundschaftlichen Gesinnung geäußert haben.

Amerika.

Das „Picton Chronicle“ (Canada) bringt die Nachricht, daß der britische Commandant des Kriegsdampfers „Devastation“, Capitain Campbell, über 100 amerikanische Fischereifahrzeuge im Hafen von Port-Hood blockirt hält. Wie es heißt, hat Commandant Campbell die Entdeckung gemacht, daß viele der amerikani- schen Fischer zweierlei Flaggen und zweierlei Schiffspapiere hatten, um damit die britischen Kreuzer zu hintergehen. Britische Rauffahrer sollen ihre Helfershelfer und Mitschuldige sein. Ein Officier vom Bord der Devastation reiste per Express mit Depeschen für Admiral Seymour nach Halifax.

Landtagsbericht.

18. Sitzung. November 23.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die zweite Lesung des Wahlgesetzes, in welcher außer einigen unwesentlichen Abänderungen die wesentliche Aenderung beschlossen wird, daß zum Art. 22 die Grund- und Armensteuer nicht zusammengerechnet, sondern gesondert berechnet werden, um die Classe zu ermitteln, in welche ein Wähler gehöre.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Fortsetzung der Verathung über den Bericht, betreffend die Fortdauer des Landtages.

Ueber den zweiten Antrag der Mehrheit: Der Landtag wolle den Wunsch aussprechen, daß die Staatsregierung ihn auflöse, wurde Vieles hin- und hergesprochen, wenig von Bedeutung. Die Rede des Abg. v. Berg (Minister des Innern), welcher in der vorigen Sitzung den ersten Mehrheitsantrag als einen tiefbegründeten gelobt, und welcher heute, den zweiten Mehrheitsantrag heftig an-

*) Die 17. Sitzung nächstens nachträglich.

greifend, auszuführen suchte, daß derselbe in allen wesentlichen Theilen unbegründet sei, schien einen tiefen Eindruck auf die Mehrheit der Versammlung zu machen.

Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung gegen 19 St. verworfen. Drei Stimmen der Linken fehlten: Heindl, Niebour und Wibel. — Der Präsident stimmte mit der Minderheit und motivirte seine Abstimmung wie folgt: „aus Achtung gegen den Landtag“. Die Motivirung spricht deutlicher als alle Worte und Reden. Wir bemerken nur die Thatfache, daß der Landtag in seiner Mehrheit durch die Verwerfung des Antrages sich selbst eine dreijährige Pfründe zuerkannte. Daß wir keine Gelb- pfründe meinen, brauchen wir nicht zu sagen. Es giebt aber auch Pfründen der Macht, Herrschaft und Herrlichkeit. Die Mehrheit sitzt in der Herrschaft und Herrlichkeit. Welcher Gedanke liegt näher, als daß sie sich in der Herrschaft zu erhalten suchte? Und ist sie nicht in Wahrheit Richter in der eigenen Sache? Und in der eigenen Sache spricht sie das Urtheil zu ihren Gunsten. Der Landtag verwalket nicht die eigenen Angelegenheiten, sondern die Angelegenheiten des Volkes. Und jetzt, bei dem Umschwunge aller Verhältnisse, bei der wesentlich neuen Verfassung, da der neue Organismus ein neues Wirken bedingt, forderten da nicht Ehre und

Würde, die Achtung gegen sich selbst, daß der Landtag an Diejenige appellirte, von denen er alle seine Macht herleitet? an das Volk? — daß der Bevollmächtigte seinen Vollmachtgeber fragt? — Daß er mit allen Mitteln darauf bei der Staatsregierung drang, statt eigenmächtig über sein Mandat zu verfügen und es in die Tasche zu stecken, ohne Rücksicht auf den, welcher ihm das Mandat erteilt hat? — Wer erinnert sich hier nicht des Reichsverweisers, der vom Volke gewählt, durch des Volkes Vertrauen mit Macht und Ehre bekleidet, sich weigerte, sein Mandat in die Hände des Volkes zurückzulegen und es statt dessen den Händen der Regierung überlieferte! —

Wir haben nichts weiter zu sagen, die Ablehnung des Antrags spricht dem Landtage selbst sein Urtheil, wir können es ruhig im Lande wirken lassen.

19. Sitzung. November 25.

Wahl des ständigen Ausschusses. Es wurden gewählt: zum Vorstande Landtagspräsident Bedelius; zu Mitgliedern aus dem Herzogthume die Abgg. Räder, Schwegmann, Strodtzoff; aus dem Fürstenthume Lübeck Rindz; aus dem Fürstenthume Birkenfeld Noell.

Sodann Wahl des Staatsgerichtshofes.

Es wurden gewählt: Oberger. Director Schloifer, Oberapp. Rath Gayessen und D. A. Rath Plate; zu Ersatzrichtern: Ober-Gerichts-Rath Kitz in Birkenfeld, Ober-Gerichts-Rath von Finckh in Gütin, A. G. Rustrat, Hülf Richter beim D. A. Gericht in Oldenburg. — Der Regierungskommissar zeigt an, daß die Staatsregierung ernannt habe: den D. A. Gerichts-Präsidenten Römer, Vicepräsidenten Högen und Vicedirector Tenge; ferner zu Ersatzrichtern: den D. A. Rath Trentpohl, D. G. Rath Flor und D. G. A. Jessor Mencke.

Der Landtag wird bis zum 28. Februar k. J. vertagt.

Zur Zollfrage.

Als wir uns dem Zollverein noch nicht verlobt hatten, durften wir in ruhiger Gewisheit unserer commerciellen Zukunft entgegensehen. Denn diese Zukunft lag in uns selber und nur wir selber waren unser Geschickes Schmiede. Das ist jetzt anders geworden. Nicht unser Wille und unsere Einsicht in die Bedingungen unseres volkswirtschaftlichen Gedeihens entscheiden mehr über unser Wohl und Wehe und unser Eigenthum, sondern ein uns fremdes Interesse fremder Gewalten. Ob Preußen den Forderungen der Coalition nachgiebt, oder nicht, ob man in Berlin den Bruch des Zollvereins für zuträglich hält oder die Aufrechterhaltung desselben in Gemeinschaft mit Oesterreich, davon hängt es ab, welche handelspolitische Zukunft die unsrige werden soll. Von Berlin haben wir die Entscheidung darüber zu erwarten, welches handelspolitische System für uns das maßgebende und wie groß der Kreis werden soll, auf den die abgeschlossene Zollgemeinschaft ihre Ausdehnung finden soll. In die Willkür preussischer Diplomatie müssen wir es gestellt sehen, welches unsere Absperrung nach Außen und wie weit oder eng der durch den Anschluß eröffnete innere Markt für uns werden soll. Entscheidet sich Preußen für das Beharren auf dem gegenwärtig eingenommenen Standpunkt, so müssen wir es hinnehmen, daß grade dasjenige durch den Anschluß in Aussicht gestellte Hinterland, welches für uns hauptsächlich von Wichtigkeit ist, uns abgeschnitten und die ganze Errungenschaft der Märzverträge nur das Verderben der hohen Zölle, ohne auch nur einige Entschädigung durch die erweiterte Freiheit des innern Verkehrs wird; entscheidet Preußen umgekehrt sich für die Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, so müssen wir es uns anderseits gefallen lassen, daß das Verderben der hohen Zölle noch vermehrt wird. Man sieht, nur Gutes ist gewiß, unsere Abhängigkeit von Andern und wie es auch kommen möge, eine Bestimmung unsers Schicksals durch diese, welche die Märzverträge zu noch größerem Antheil für uns wenden muß, als sie an sich schon in Aussicht stellten.

Unter solchen Umständen kann es denn aber, meinen wir, auch nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, was wir zu thun haben. Die Märzverträge sind kaum abgeschlossen und vom Landtage genehmigt, andere geworden als sie waren, da sie zum Anschluß und zur Genehmigung vorlagen. Denn damals hatten sie — um nur Eins zu erwähnen — das Zusammenbleiben wenigstens des größeren Theils des Zollvereins zur Voraussetzung und an Stelle dieser Voraussetzung ist jetzt die Alternative des völligen Bruchs des Zollver-

eins oder seines Aufgehens in einen mitteleuropäischen österreichischen Zollverband getreten. Die damals eingegangenen Verbindlichkeiten können uns also in keiner Weise mehr binden und gleichwohl noch jetzt unererseits an den Märzverträgen festhalten, würde nicht sowohl die Treue gegen einen alten Vertrag wahren, als vielmehr stillschweigend einen verderblicheren als den gegebenen, von Neuem eingehen heißen. Das kann und darf nicht geschehen und nachdem dem von Regierung und Landtag abgeschlossenen und genehmigten Vertrag ein häßlicher Wechselbalg untergeschoben, ist es unser Recht nicht minder als unsere Pflicht, denselben mit Protest von uns zu weisen.

Die dreijährige Permanenz des Landtags.

Wir sitzen so kränzlich beisammen, und haben einander so lieblich umarmt. —

Der Landtag hat auf Antrag der Regierung sich für drei Jahre permanenz erklärt.

Das ist der Beschluß der Beschlüsse, den gewiß Niemand erwarteter hat, weil kein Mensch dessen Vernünftigkeit so leicht begreift. Gewiß! keinem Wähler ist es eingefallen, Abgeordnete auf drei Jahre zu wählen, und sämtliche Wahlmänner des Landes — mit Ausnahme der Wahlmänner des Abgeordneten Herrn Doctor Jansen, welche, wie das Gerücht sagt, auf drei Jahre ihn gewählt haben wollen — werden mir hier Recht geben. — Um Missverständungen zu meiden, erkläre ich, daß es mir im Traume nicht einfällt, die Vernünftigkeit des Permanenzbeschlusses zu bestreiten; vielmehr ist es Zweck dieser Zeilen, dem gemeinen Unterthanenverstande gegenüber — der über diesen Beschluß den Kopf bedenklich schüttelt — die wirkliche Vernünftigkeit dieses Beschlusses, wenn auch nicht ganz zu beweisen, doch annähernd ahnen zu lassen. Denn wir, die wir weder Staatsmänner noch Abgeordnete sind und nicht zu den Intelligenten gehören, können das Vernünftige des Beschlusses nur leise ahnen, und da scheinen, von den vielen Motiven, die außerdem noch die Majorität gehabt haben mag, die wir aber nicht ahnen können, folgende Motive die Vernünftigkeit des Permanenzbeschlusses zu bekräften:

1) Die Regierung wollte die Permanenz.

Nach dem jetzigen Classenwahlgeseze, wo hauptsächlich der Grundbesitz vertreten ist, ist es zuweifelhaft, ob die jetzige Majorität wieder gewählt wird.

2) Die Majorität erkennt sich als die rettende Intelligenz.

Die Majorität erkennt sich als die rettende Intelligenz; sie hält sich verpflichtet, ihre geistige Kraft zum Wohl des Landes und zu ferneren Rettungen zu verwenden, und scheut zu diesem Zwecke das große Opfer einer dreijährigen Trennung von Amt und Familie nicht.

Billigerweise sollten in Erwägung solcher Opfer die wirklich niedrigen Diäten erhöht werden; denn ein Deputirter erhält nach der jetzigen Diätenbestimmung per Jahr nur 912 fl. 36 gr. Coar.

3) Die alte süße Gewohnheit des Daseins und des einmüthigen Wirkens mag vielleicht auch das übrige zu dem Beschlusse beigetragen haben.

Das ist auch ganz natürlich; — gleichgestimmte Seelen finden und lieben sich — und mögen nicht gerne an eine Trennung denken. — Welch ein trauriger herzzerreißender Anblick wäre es auch — wenn z. B. Herr Feldhus von seinem von Berg und Herr Strodtzoff von seinem Schwegmann sich trennen müßte! — Dieses innige brüderliche Verhältniß der meisten der Landtagsmitglieder — motivirt zur Genüge die Furcht der Majorität vor Auflösung des Landtags und die besondere Freundschaft, womit sie auf alle Vorlagen der Regierung eingegangen ist; zwei Leiber und eine Seele; — zwei Herzen und ein Schlag! — Und dies schöne Verhältniß sollte zerrissen werden durch Auflösung? Nein! nein, Vertagung! — Das Wiedersehen und Wiederfinden ist so schön! D möchte doch nichts demokratisch-widerpaariges — Roh-Übertürandes in diesen platten, stillen, besonnenen, süßwimmerlichen und süßlächelnden Frieden brechen — und das fatale Lied vom Wechsel das da singt:

„Es kann ja nicht immer so bleiben,
Hier unter dem wechselnden Mond“

seine destructive Bedeutung verlieren!

Wir haben recht bedauert, daß die Herren Feldhus und Morell nicht in den Ausschuß gewählt sind. Beide Herren sind gewiß befähigt und würdig zum Ausschuß zu gehören; und hat es uns um so mehr gewundert, daß sie bei der Wahl übergangen sind. Solche

geborene Ausschussmänner dürften doch billigerweise in keinem Ausschusse fehlen.

Ist das der Lohn der treuen Liebe?
Ach warum gab ich mich dahin!

Aus: „die verlorene Aufsicht“.

Theater.

Donnerstag, den 25. Nov.: „Mutter und Sohn“.
Diese Birchpfeifferiade haben wir hier schon zum Ueberdruß gesehen und sie hatte diesmal für uns nur Reiz durch das Gastspiel der Fräulein Deitker, welche in der Rolle der Generalin sich neue Lorbeern erwarb und durch ihr ausgezeichnetes Spiel, das besonders in der zweiten Aufsehung bewundernswürdig war, bewies, daß die Kunst im Stande ist, auch das Triviale zu einer gewissen Würde zu erheben. Wenn die Hauptrollen immer so gespielt würden, so könnte man die allerfeinsten Stücke, selbst Birch-Pfeiffers, wiederholt mit Vergnügen sehen. — Herr Winkelmann hat uns in der Rolle des Bruno angenehm überrascht, er führte dieselbe über alle Erwartung gut durch. Im dritten Act, wo er sich mit Selma unterhält, hätten wir freilich etwas mehr Deutlichkeit im Vortrage gewünscht; vielleicht hatte ihn Selma (Frau Häser) angesteckt, die ihre Rolle so leise verlespelte, daß man nicht das dritte Wort davon verstehen konnte, und hätte man den Mund nicht spielen sehen, mit dem sie Lippen machte nach allen Richtungen, so hätte man glauben können, eine sehr schöne Wachsfigur zu sehen. — Von den übrigen Rollen (mit Ausnahme der des Andreas (Herr Schneider) läßt sich weiter nichts sagen, als daß sie — hergesagt wurden.

Freitag, den 26.: „Kabale und Liebe“; Trauerspiel in 5 Aufzügen von Schiller. — Lady Milford — Fräulein Deitker als letzte Gastrolle. Auch in dieser, von den vorhergegangenen so verschiedenen, Rolle zeigte die Künstlerin, wie trefflich sie zu individualisiren versteht. Die Lady Milford halten wir zwar nicht für ihre beste Rolle, doch offenbarte sich auch hier in jedem Wort, in jeder Bewegung, in jedem Gestus die vollendetere Künstlerin, die im richtigen und deutlichen Vortrag sowohl wie in jeder anderen Beziehung vielen als Muster dienen konnte. — Der Präsident von Walter wurde durch Herrn Schneider gleichfalls musterhaft dargestellt, — auch Fräulein Dann zeigte als Louise, daß sie fleißig und mit Erfolg studirt. — Herr Nöfke gab sich alle mögliche Mühe mit dem Ferdinand, doch aber schien er dieser Aufgabe durchaus nicht gewachsen, sowie auch Herr

Steinmeyer als Wurm gar nicht an seinem Platze war. — Im Ganzen ging die heutige Vorstellung so, als wenn gar keine Probe davon gehalten wäre — an allen Ecken haperte es und traten Störungen ein. — Trotzdem aber ist die hiesige Hofbühne eine dramatische Kunstanstalt und wird es auch bleiben, so lange sie unter der umsichtigen Leitung des künsterfahrenden Grafen Bockholt steht. Sonntag, den 28., „Die berühmte Widerspenstige“ nach Shakespeare von Deinhardtstein. Können uns mit diesem dem harten Feinsirten Shakespeare nicht wohl vertragen und haben uns deshalb heute fern gehalten. Gehört haben wir übrigens, daß Herr Nolte als Petruccio mal wieder recht in seinem Element gewesen. Der Beobachter.

Musikalisches.

Am Mittwoch, den 1. December wird der Capellmusikus Louis Köhn im Schützenhof ein Concert veranstalten, welches den frühern, noch in so gutem Andenken stehenden Concerten dieses talentvollen Musikers, in keiner Weise nachstehen wird; wir haben uns davon überzeugt, indem wir Gelegenheit nahmen, einer Probe beizuwohnen. Das Programm enthält Folgendes:

- 1) Ouverture zur Oper: „Fra Diavolo“.
- 2) Reiterlied für Chor, componirt von Th. Krollmann.
- 3) Arie aus der Oper: „Gans Heiling“ von Marschner, für Posaune arrangirt und vorgetragen von L. Köhn.
- 4) Declamation (Herr Steinmeyer, Hofschauspieler).
- 5) Spielmanns Lied mit Begleitung des Violoncells von Th. Krollmann.
- 6) Gebet vor der Schlacht, componirt von Louis Pape.
- 7) Divertissement für Trompete aus der Oper: „Die Nachtwandlerin“ von Bellini (Herr Thalen, Hautboist).
- 8) Norwegischer Tanz für Violoncello von Romberg (Herr Th. Krollmann, Kammermusikus).
- 9) Declamation (Herr Steinmeyer, Hofschauspieler).
- 10) Schwur aus der Oper: „die Hugenotten“ von Meyerbeer, arrangirt von Louis Köhn.

Regisseur: Wilhelm Galberla.

Anzeigen.

Weser-Sunte-Dampfschiffahrt.



Die Schiffe der Gesellschaft fahren bis auf Weiteres täglich:
Von Oldenburg nach Bremen und Bremerhaven 7 Uhr Morgens.
Bremen nach Oldenburg und Bremerhaven 7 1/2 Uhr Morgens.
Bremerhaven nach Oldenburg und Bremen 7 Uhr Morgens.

C. Koeniger.

Posten von Oldenburg:

Nach Bremen täglich 6 Uhr Morgens und 5 Uhr Nachmittags.
Nurich und Leer (Norderney) täglich 11 1/2 Uhr Abends.
Lever und Varel (Wangeroo) täglich 1 Uhr Nachmittags und 11 1/4 Uhr Abends.
Denabrück über Bedtha und Damme täglich 7 Uhr Morgens.
Lingen über Cloppenburg und Lönigen täglich 7 Uhr Morgens.
Wildeshausen über Aylhorn täglich 7 Uhr Morgens.
Quakenbrück und Essen Dienstag und Sonnabend 7 Uhr Morgens.
Neuenburg und Bockhorn Dienstag und Freitag 1 Uhr Nachmittags.
Harpstedt und Bassum über Aylhorn und Wildeshausen Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend 7 Uhr Morgens.

Holz-Tabellen.

Anweisung wie man in runden, unbehauenen Hölzern (Baumstämmen) den Cubik-Inhalt nach Fuß, Zoll und Linien finden kann.

Preis 12 gr.

S. Kleffer.

C. Dieze,

welcher nach einer Annonce in letzter Nummer d. Bl. einen gewissen, am 20. d. M. im Hôtel Mohrmann stattgefundenen Vorfall dem Großherzoglichen Stadt- und Landgerichte zur Untersuchung angezeigt haben will, hätte sich diese Mühe sparen können, da bereits am 21. d. M. von anderer Seite die Untersuchung dieses Vorfalls beantragt ist, welche auch seit dieser Zeit von Großherzoglichem Stadt- und Landgerichte betrieben wird.

C. Dieze wird ersucht, seiner Zeit das Resultat der Untersuchung mittheilen zu wollen.

Oldenburg Marktpreise.

29. November.		Markt	Boden
		Grote	Courant.
Roden, Sand	pr. Schfl.	54	56
Weizen, Weser			66-72
Gerste, niederl. Winter			42-44
	Sommer		38
Häfer, Futter			26-30
Budweizen			40-44
Kartoffeln		15	
Erbsen	d. Kanne		5
Bohnen, Garten			8
	Feld		56
Butter	das P.	14	
Schinken		11	
Speck			
Gier	das Dug.	12	

Druck von Heinrich Kleffer in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Grotten. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; hiesige die Redaction und die Buchdruckerei von D. Klesser, Haarenstraße 4 1/2. Anzeigen werden die Zeile oder deren Raum mit 1 Grotten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Donnerstag, den 2. December 1852.

N^o 142.

Deutschland.

Bremen, 25. Nov. Bei der hiesigen Schönmännischen Buch- und Verlagsbandlung sind diesen Vormittag um 11 Uhr durch die Polizei sämtliche vorräthige Exemplare der neu erschienenen Schrift: „Das Gutachten der vier Heidelberger Theologen, auch das Kegerrichteramt in der reformirten Kirche, von Rudolph Dulon, Pastor zu N. L. Frauen in Bremen, — zweites Heft“ (120 an der Zahl) confiscirt, in eine Droschke gepackt und mitgenommen worden. Außerdem hat sie nach dem Verzeichnisse der Adressen gesucht, an welche hierorts und auch auswärtig davon gesandt sind. Es ist bezeichnend für unsere Zustände, wenn die Behörden dem Pastor Dulon selbst nicht einmal die Vertheidigung gegen das bestellte Gutachten der Heidelberger Professoren erlauben wollen, welches der Senat als Grund für die von ihm verfügte Suspension und als Beweismittel für die Nothwendigkeit der darauf folgenden Absetzung, selbst gegen den wiederholt ausgesprochenen Willen der zweimal in dieser Angelegenheit zusammenberufenen Gemeinde, benutzt hat, und zu fürchten scheint, diese neue Schrift könne die so beliebte Ruhe und Ordnung alteriren.

Hannover, 28. Nov. In diesen Tagen ist die Allerhöchste Ratification des mit Braunschweig wegen der Süd-Eisenbahn abgeschlossenen Vertrags erfolgt.

29. Nov. Die deutschen Regierungen können an Sorgfalt der polizeilichen Ueberwachung noch Manches von Oesterreich lernen. Ein Beispiel davon giebt die „Voss. Ztg.“ in folgender Mittheilung: In den letzten Tagen erhielt ein hiesiger achtbarer Einwohner von seinem sich zufällig in Triest aufhaltenden Sohne einen Brief, der auf seinem Wege durch die österreichischen Staaten erbrochen worden war. Derselbe trug das österreichische Postsiegel mit dem Vermerk, man habe sich überzeugen müssen, ob Loose von auswärtigen Lotterien sich darin befänden. Da nach der Versicherung des Empfängers, der dem Beamtenstande angehört, auch nicht der geringste Grund zu einem Verdacht der Art vorlag, indem der Brief das einfache Zollgewicht nicht erreichte, der Absender aber durch seine Persönlichkeit als junger Mann in Matrosentracht ebenfalls zu einer solchen Annahme nicht berechtiget konnte, so entsteht im Interesse des allgemeinen Verkehrs und der Wichtigkeit des Briefgeheimnisses die gewiß notwendige Frage, ob die österreichischen Postexpeditionen in allen nach Preußen gehenden Briefen Loose zu

auswärtigen Lotterien voraussetzen und deshalb öffnen.

Münden, 26. Nov. Am gestrigen Tage stand der aus dem Kölner Communisten-Prozesse bekannte Dr. Abraham Jakobi aus Hartum unter der Anschuldigung der Verletzung der Ehrfurcht gegen den König vor den Schranken des hiesigen Kreisgerichts und wurde zu 6 Monaten Gefängniß und zum Verluste der National-Warde verurtheilt. Die Verurtheilung, auf welche die Anklage sich stützte, waren in der aufgeregten Zeit des April 1848 in einem Privatbriefe von dem damals 17 Jahre alten Angeeschuldigten gemacht, und in Berücksichtigung dieser Milderungsgründe wurde auf den verhältnismäßig nicht hohen Grad der Freiheitsstrafe erkannt. Der Zuhörerraum war gedrängt voll.

Hamburg, 27. Nov. Wie es scheint, hat die dänische Staatsregierung sich entschlossen, dem desfallsigen mit Preußen und Oesterreich eingegangenen Staatsvertrage gemäß — der freilich auch die invaliden schleswig-holsteinischen Officiere umfaßt — den sogenannten vormärzlichen schleswig-holsteinischen Officiere die ihnen zugesprochenen „Unterstützungen“ auszus zahlen. Wenigstens sind gestern von einem städtischen Beamten Altonas mehrere der Genannten, die hier in Hamburg sich aufhalten, größere Summen ausgekehrt.

Schwerin, 27. Nov. Gestern Morgen vor 6 Uhr sind auf dem hiesigen Posthofe aus dem Wagen, welcher die Postgüter nach dem Bahnhofe bringt, 1000 R gestohlen worden. Dem Vernehmen nach hatten die beiden mit dem Ausladen beschäftigten Beamten, nachdem sie den noch nicht bespannten Wagen verschlossen, sich auf einige Minuten in das Postgebäude begeben, um den Briefbeutel *cc.* zu holen, fanden aber bei ihrer Rückkehr denselben mittelst eines schon ziemlich rostigen Nachschlüssels geöffnet, woraus denn zu schließen, daß der Diebstahl während ihrer Abwesenheit unter dem Schutze der dunklen Morgendämmerung ausgeführt worden.

Malchin, 26. Nov. Am 30. October d. J. hat sich in Malchin ein Lehrer-Verein gebildet, welcher zum Zweck hat, „durch Besprechung der inneren Angelegenheiten der Schule, Abhalten und Anhören von Probe-lectionen *cc.* die Mitglieder zur Führung ihres Berufes tüchtiger zu machen.

Berlin, 28. Nov. Ein Berliner Correspondent der „Breslauer Zeitung“ erklärt, es habe in der Verfassungsrevisionscommission bezüglich des Art. 12, der die staatsrechtlichen Verhältnisse der Israeliten betrifft, zu keiner Einigung kommen können. Dies ist unrichtig:

im Gegentheil hat man sich, wie aus sicherer Quelle verlautet, gerade über Art. 12 vollständig geeinigt und was das Wahlrecht anbelangt, so ist den Juden das active Wahlrecht eingeräumt, das passive aber nicht zugestanden worden; in aller übrigen staatsrechtlichen Beziehung hat man die volle Gleichberechtigung der Juden zugestanden.

Der Ausfall der Ernte hat zwar den Erwartungen nicht entsprochen, zu denen der Stand der Staaten im Frühjahr und die meist günstige Witterung während des Sommers zu berechtigen schienen, indessen ist derselbe doch von der Art, daß jede Besorgniß einer ungewöhnlichen Theuerung entfernt bleibt.

Der frühere Begleiter des Fürsten v. Waldeck, Herr v. Stockhausen, befindet sich nach der Sp. Ztg. gegenwärtig im Austrage seines Fürsten in Zoll-Angelegenheiten hier. Der Bürgermeister Meyer aus Potsdam, welcher zur Umgestaltung der Verfassung des Fürstenthums Waldeck nach Krosen berufen war, dürfte vorläufig noch nicht nach Potsdam zurückkehren, da die Verfassung, welche jetzt dem Bundestage vorliegt, wahrscheinlich noch einige Aenderungen erleiden wird.

Die jetzt in bedenklichem Maße sich häufenden Unglücksfälle auf Eisenbahnen dürften nach der Kreuzztg. eine Beschleunigung und Verschärfung der vom königl. Handelsministerium angeordneten Bahnrevisionen hervorgerufen, da mehrere Bahnen sich nicht in einem Zustande zu befinden scheinen, wie ihn die Sicherheit des Publikums erfordert, und der Umstand, daß in vielen Directionen sich Speculanten befänden, es seither vielfach hat vergessen lassen, daß die Eisenbahnen wol noch zu einem anderen Zwecke da sind, als den Actionairen ungebührlich hohe Dividenden zu bringen.

Aus Schlesien, 24. Nov. Das evangelische Consistorium hat eine statistische Nachweisung veröffentlicht, wonach 1850 acht Juden durch die Taufe und 368 römisch-katholische Christen, nämlich 209 Confirmanden und 159 Erwachsene außer ihren Kindern in die evangelische Kirche nach Ablegung ihres Bekenntnisses aufgenommen, 187 Kinder katholischer Väter auf den Wunsch der letzteren von evangelischen Geistlichen getauft und 1388 gemischte Ehen in evangelischen Kirchen eingeseget worden sind, meist aus dem Grunde, weil die Brautpaare das Versprechen, die zu erwartenden Kinder in der römisch-katholischen Confession unterrichten und erziehen zu lassen, verweigert hatten. 1851 sind 26 Juden, 648 römisch-katholische Christen, 379 Confirmanden und 269 Erwachsene, worunter